

23
79

Union in Deutschland

Bonn, den 7. Juni 1979

Europas große Chance

Das am 10. Juni direkt gewählte Parlament muß zu einem starken Motor der europäischen Entwicklung werden. Je größer die Wahlbeteiligung ist, um so stärker wird seine Legitimation sein. Europa braucht diese Legitimation.

- Die Einigung Europas ist die Schicksalsfrage unseres Jahrhunderts. Der Friede in der Welt kann nur bewahrt und gesichert werden, wenn der machtpolitische Nationalismus durch die freiheitliche Europaidee überwunden wird.
- Europa muß neu formiert werden und die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus aufnehmen.
- Europa muß wieder zu den geistigen Ursprüngen seiner christlichen Wegbereiter Adenauer, Schuman und de Gasperi zurückfinden.
- Die eigentliche Europaidee muß wieder sichtbar werden. Übertriebener Pragmatismus und allzu großer Einfluß von Bürokraten und Lobbyisten überlagern sie. Europa muß den einzelnen Bürgern Schutz gegen mächtige Organisationen geben.
- Europapolitik ist auf echte Versöhnung aufgebaute Friedenspolitik. Frühere Todfeinde denken jetzt Gedanken des Friedens. Die Europaidee hat die Gesinnung der Europäer geändert.

**Am Sonntag
8 bis 21 Uhr
Europawahl**

AKTION 17. JUNI
Brief von Helmut Kohl an die Bevölkerung Seite 4

EUROPA-DEBATTE
SPD und FDP betreiben Europapolitik mit der linken Hand Seiten 5 bis 8

UMSATZSTEUER-NOVELLE
FDP verrät den Mittelstand: Wortbruch in der Steuerpolitik Seite 11

ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ
Trotz Bedenken zugesimmt Seite 13

WAHLKREISE
NRW und Hamburg verlieren insgesamt 3 Wahlkreise Seite 14

VOLKSFRONT IN SAN MARINO

Modellversuch für ein sozialistisches Europa Seite 15

DOKUMENTATION
Humanisierung des Krankenhauses grüner Teil

■ INFORMATION

Ein Mann des Ausgleichs und des Fortschritts

Zur Wahl Richard Stücklens zum Bundestagspräsidenten erklärte Heinrich Windelen, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Mit Richard Stücklen wurde ein „Mann der ersten Stunde“ zum Bundestagspräsidenten gewählt, der auf allen Seiten des Parlaments Achtung genießt und Freunde hat. Obwohl Richard Stücklen seine politischen Überzeugungen klar und — wenn nötig — kämpferisch vertritt, mit dem Florett wie mit dem Säbel, hat er bei allen Gegensätzen stets das menschlich Verbindende, den Konsens der Demokraten, gewahrt und letztlich den Ausgleich gesucht, auch zwischen CDU und CSU.

Als Postminister hat Stücklen Entscheidungen durchgesetzt, die weltweit Anerkennung fanden: Einführung des Postleitzahlsystems, Beschleunigung des Briefverkehrs durch Nachtflüge und Ausbau des Telefonnetzes zum modernsten der Welt.

Richard Stücklen wurde als erster Bayer in das zweithöchste Staatsamt der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er wird es temperamentvoll und bedächtig, entscheidungsfreudig und ausgleichend, lebensfroh und würdig wahrnehmen.

Zweierlei Maß

Zu der von der Koalition erzwungenen Vertragung der Wahl Richard von Weizsäckers zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Philipp

Jenninger: „Die von der Koalition für die Absetzung der Wahl gegebene Begründung ist scheinheilig und heuchlerisch. Das, was die Koalition sich selbst jahrelang zubilligte, will sie nun durch rigorose Ausnutzung ihrer Mehrheit der Opposition verwehren. Die von Herbert Wehner angeführten Gründe, ‚daß Herr von Weizsäcker nicht zwei Herren zur gleichen Zeit und an verschiedenen Orten dienen kann‘ und er ‚als Vizepräsident des Bundestages seine Rolle im Berliner Abgeordnetenhaus einzugrenzen hätte‘, klingen wie Hohn, wenn man bedenkt, daß u. a. Willy Brandt von Oktober 1969 bis April 1971 gleichzeitig Bundeskanzler und Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin und auch von 1955 bis 1957 gleichzeitig Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses war. Unter dem schwerwiegenden Bruch parlamentarischer Spielregeln und Fairneß messen SPD und FDP folglich wieder einmal mit zweierlei Maß oder schieben eine Begründung vor, um ganz andere Motive zu verschleiern.“ Jenninger fordert die Koalition auf, sie solle ehrlich bekennen, ob es sich bei dem Versuch, Richard von Weizsäcker als Bundestagsvizepräsident zu verhindern, erneut um ein deutschland- und berlinpolitisches Zugeständnis an die DDR handelt.

Zusammenhang zwischen Schulgröße und Aggressivität

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Wiesbaden, Gottfried Milde, hat eine wissenschaftliche Untersuchung darüber angeregt, welche Wechselwirkungen zwischen Schulgröße und Aggressivität bei Schülern bestehen. Dabei sollte nach Meinung Mildes auch eine Auflistung von Sachbeschädigun-

gen und Gewalttätigkeiten in den einzelnen hessischen Schulen vorgenommen werden, wie sie jetzt in Niedersachsen erstellt werde und von der hessischen CDU schon einmal gefordert worden sei.

Zur Begründung seines Vorschlags sagte der CDU-Politiker, Kinderärzte und Jugendpsychiater vermuteten einen Kausalzusammenhang zwischen „schulischen Mammutgebilden“ und psychischen Auffälligkeiten von Schülern. Auch von Pädagogen kämen vermehrte Hinweise, die einen solchen Zusammenhang wahrscheinlich erscheinen lassen. Dies müsse deshalb wissenschaftlich aufgeheilt werden. Milde warf der Landesregierung in diesem Zusammenhang vor, ihren Hang zur „Gigantomanie“ und ihren „Wunderglauben an das Heil von großen Einheiten“ bei der Gesamtschulkonzeption in Hessen „bis zum Exzeß“ getrieben zu haben.

Weiter für freie Rundfunk-Initiativen

Der Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU hat auf einer Sitzung in Bonn den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht ermuntert, seine Pläne fortzusetzen, im Zusammenhang mit der Neuordnung des Norddeutschen Rundfunks auch freien Initiativen im Rundfunk eine Chance zu geben. Der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses, MdB Christian Schwarz-Schilling, wies die Kritik der ARD-Intendanten an den Neuordnungsabsichten der Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein entschieden zurück. Die Union plädiere für Vielfalt und Wettbewerb im Rundfunk und sehe vor allem jetzt beim Aufkommen neuer Medientechnologien eine Chance, das Monopol der beste-

henden öffentlich-rechtlichen Anstalten aufzulockern und entstandene Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Scharfe Kritik übte Schwarz-Schilling an Regierungssprecher Grünewald, der jüngst erklärt habe, die Bundesregierung könne durch Nutzung ihrer technischen Möglichkeiten die Einführung des Privatrundfunks verhindern. Diese Äußerung stelle einen Anschlag auf die föderalistische Struktur der Bundesrepublik dar. Die Rundfunkhoheit sei nach dem Grundgesetz Sache der Länder. Wer mit Hilfe des Monopols der Bundespost diese eindeutige Kompetenz der Länder zu unterlaufen versuche, beweise sein gestörtes Verhältnis zur Verfassung.

DDR-Geheimarmee

Die CDU/CSU fordert in einem Antrag die Bundesregierung auf, die militärische Bedeutung der DDR-Kampfgruppen, die über einen Umfang von ca. 500 000 Mann verfügen, gegenüber unseren NATO-Verbündeten erneut anzusprechen. Insbesondere sollten dabei die Konsequenzen erwogen werden, die sich aus der Existenz und Stärke der Kampfgruppen für die westliche Verhandlungsposition bei den Wiener Truppenreduzierungsgesprächen ergeben.

Auch nach Auffassung der Bundesregierung liegt die Bedeutung der Kampfgruppen „überwiegend in ihrem militärischen Kampfwert“. Die Bundesregierung räumte darüber hinaus ein, daß der Einsatz von DDR-Kampfgruppen auf dem Territorium der Bundesrepublik „nicht von vornherein auszuschließen sei“, falls im Kriegsfall „Warschauer-Pakt-Streitkräfte Teile des Gebietes der Bundesrepublik einnehmen sollten“.

Aktion 17. Juni

Der 17. Juni, der Tag der deutschen Einheit, ist wie jedes Jahr für die CDU Anlaß, an unsere nationale Sorgepflicht zu mahnen, Sachwalter aller Deutschen zu sein. In diesem Jahr hat Helmut Kohl folgenden Brief an alle Mitbürger gerichtet. Dieser Brief wird in Form einer Wandzeitung über den normalen Wandzeitungsverteiler herausgegeben. Ebenfalls wird er als Flugblattvordruck den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt. In den beiden Tageszeitungen „Die Welt“ und „FAZ“ wird der Brief Helmut Kohls als Anzeige erscheinen.

Liebe Mitbürger,

am 17. Juni 1979 ist es 26 Jahre her, daß sich in vielen Orten Mitteldeutschlands und in Ost-Berlin Deutsche gegen ein Regime erhoben haben, das ihnen von einer Besatzungsmacht aufgezwungen und niemals durch freie Wahlen bestätigt worden ist.

Dieser Aufstand gegen fremde Willkür und die von der kommunistischen Herrschaft eingesetzten Machtmittel haben die Welt aufhorchen lassen. Inzwischen hat sich der Eindruck verfestigt, als ob — angesichts von Mauer und Todeszäunen — die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes nicht in die politische Entwicklung passe und kein Thema der Weltpolitik mehr sein dürfe.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist nicht bereit, die deutsche Frage auch nur zeitweise nicht zu erörtern. Die Frage der deutschen Einheit ist offen und bleibt unverrückbares Ziel deutscher Politik. Dieses Ziel kann nur in einem geeinten Europa in Frieden und Freiheit verwirklicht werden.

Selbstbestimmung in Freiheit gehört zu einem Frieden, der mehr ist als Verzicht auf Gewalt. Wir setzen auf die Kraft des Rechts. Wir halten an der einen, ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit fest. Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Wir werden das Bewußtsein von Deutschland in allen seinen Teilen bewahren und lebendig erhalten.

Bei der Auslegung und Anwendung der Ostverträge und des innerdeutschen Grundlagenvertrages bleiben die Briefe zur deutschen Einheit, die Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages von 1972 und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 maßgeblich.

Vor unserer Jugend und vor unserer Geschichte tragen wir die Verantwortung für die Vollendung der Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit. Die CDU bekennt sich mit Nachdruck zu dieser nationalen Verpflichtung und zu der Verbundenheit mit allen Deutschen, die immer noch in Unfreiheit leben müssen und denen die Menschenrechte verweigert werden.

Helmut Kohl

Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

■ EUROPA-DEBATTE

SPD und FDP betreiben Europa-Politik mit der linken Hand

Die CDU/CSU hat der Bundesregierung eine Mitschuld an der Stagnation im Prozeß der politischen Einigung Europas angelastet. In der Europadebatte des Bundestags warf Egon A. Klepsch der Regierung vor, die Europapolitik mit der linken Hand zu betreiben, entgegen großer Ankündigungen und pressewirksamer Gipfeltreffen nicht kreativ gewesen zu sein und nichts gewagt zu haben. Es sei dem Bürger nicht zu verdenken, wenn er den Begriff Europa zunächst „mit Brüsseler Bürokratie, also mit Leerlauf, Unwirtschaftlichkeit und Verschwendungen“ verbinde.

In den letzten Wochen und Monaten, in denen im Vorfeld der Europawahl den Bürgern das Thema Europa nach langer Zeit wieder bewußt wurde, stellen sie — so Egon A. Klepsch — an Hand von Wahlprogrammen und Wahlausagen mit Erstaunen fest, daß einflußreiche politische Kräfte in Europa ein vereintes Europa nicht wollen.

Das gilt insbesondere für starke Teile der dänischen, der französischen und britischen Sozialisten, und es gilt auch für die besonders mit den französischen Sozialisten eng zusammenarbeitenden Kommunisten. Diese ablehnende Haltung finden wir aber nicht nur bei den Sozialisten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft; wir finden sie

auch bei den Sozialisten der beitrittswilligen Länder Griechenland, Spanien und Portugal.

Dies zeigte die letzte gemeinsame Konferenz der sozialistischen Parteien dieser Länder in Athen. Dort wurde zum Boykott der Europäischen Gemeinschaft aufgerufen.

Daß diese Differenzen bestehen, sieht man konkret z. B. daran, daß :

- in allen Parteiverlautbarungen etwas anderes und Gegensätzliches steht, je nachdem, ob sich die SPD alleine oder die SPD im Verbund mit ihren Genossen äußert;

- die Sozialisten es bisher im Gegensatz zu den Christdemokraten nicht geschafft haben, sich auf Gemeinschaftsebene zu einer Partei zusammenzuschließen;

- sie es trotz propagandistischer Vankündigungen nicht geschafft haben, sich auf ein gemeinsames Wahlprogramm für die Europawahl zu einigen. Und schaut man sich bestimmte sozialistische Parteien in Europa an, so werden diese Differenzen noch deutlicher:

- Die ehemalige britische Labour-Regierung konnte das nationale Europawahlgesetz nur gegen die Stimmen der eigenen Partei und mit Hilfe der damals oppositionellen Konservativen verabschieden;

- Die Labour-Kandidaten für das Europäische Parlament mußten sich zunächst bei ihrer Nominierung verpflicht-

ten, nicht für die Einigung Europas einzutreten.

Wir müssen leider heute von der Tatsache ausgehen, daß ein gewichtiger Anteil der europäischen Sozialisten Europa nicht will und teilweise den derzeit erreichten Integrationsstand wieder rückgängig machen will. Kann man vor diesem Hintergrund von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung erwarten, daß sie mehr als das Nötigste in ihrer Europapolitik unternimmt?

Ernst Müller-Hermann:

Gegen Bürokratisierung der Wirtschaft

Wenn die Bundesrepublik die gewaltigen Strukturprobleme unserer Zeit bisher besser meistern konnte als andere Mitgliedstaaten, dann vor allem aus drei Gründen:

— Wir haben nach 1945 völlig neu aufbauen müssen, während andere Länder teilweise veraltete Wirtschaftsstrukturen weiterschleppten;

— die auf vernünftigen Kompromiß gerichtete Verantwortung der Sozialpartner hat sich bewährt und einen ungewöhnlich hohen Standard für die Arbeitnehmer und alle Bürger in unserem Lande ermöglicht;

— wir haben das Glück gehabt, daß Ludwig Erhard durch den Druck des Wettbewerbs und eine weltoffene Außenhandelspolitik die Wirtschaft zwang, sich frühzeitig und rechtzeitig an die veränderten und sich weiter verändernden Bedingungen der Weltwirtschaft anzupassen, während andere Länder diesen Anpassungsprozeß erst jetzt unter ungünstigen Bedingungen nachholen müssen.

Die europäischen Sozialisten sind nach allen Erfahrungen sowohl in den Fragen sozialer Partnerschaft als auch der So-

zialen Marktwirtschaft unsichere Kantonisten. Ihre innere Widersprüchlichkeit drückt sich in der Tatsache aus, daß sie es nicht fertiggebracht haben, für die Europawahl mit einem gemeinsamen Programm anzutreten. Es gibt in ihren Reihen ausgesprochene Europabefürworter und radikale Europagegner. Es gibt innerhalb der Sozialisten Soziale Demokraten, Sozialisten aller Schattierungen und Marxisten bis hin zum äußersten linken Flügel. Das einigende Band der Sozialisten ist das Streben nach Machtpositionen in Europa und der durch nichts gerechtfertigte Glaube an die Unfehlbarkeit staatlicher Planung und Wirtschaftslenkung.

Die Planungs- und Strukturräte im SPD-Programm und die Forderungen nach Investitionslenkung sind ebenso gefährlich wie das Patentrezept, mit der Einführung der 35-Stunden-Woche das Problem der Arbeitslosigkeit meistern zu können. Was die Sozialisten hier anbieten, ist eine Scheinlösung, die von Resignation gegenüber den wirklichen Problemen bestimmt ist und die meint, sich über die Wünsche des einzelnen Arbeitnehmers und über die Abstimmung der Sozialpartner hinwegsetzen zu können.

Die 80er Jahre werden uns vor schwierige Probleme stellen, im eigenen Lande und in Europa. Sie laufen letztlich allesamt darauf hinaus, daß wir von unserem Wirtschaftswachstum mehr für andere außerhalb der Gemeinschaft verwenden müssen, sei es über direkte Hilfe, über teurere Rohstoffe oder über den Transfer von Ressourcen, und daß die Manövriermasse immer begrenzter wird, die beim einzelnen und beim Staat für rein konsumtive Zwecke zur Verfügung steht. Wir werden mehr tun müssen für die Sicherung der Zukunft als bisher.

In dieser Situation suchen die Sozialisten das Heil vor allem in der gerechten Verteilung des Mangels. Die EVP setzt demgegenüber auf die Mobilisierung aller geistigen, kreativen Kräfte zur offensiven Bewältigung der vor uns liegenden Probleme. Deshalb wollen wir Eigenverantwortung, Leistung, persönliche Initiative, Spezialisierung, das Denken in Qualität, ebenso aber auch die soziale Verantwortung des einzelnen wie des Staates gestärkt wissen. Wir wenden uns daher aus voller Überzeugung gegen sozialistische Gleichmacherei, gegen Klassenkampf, gegen die Bürokratisierung der Wirtschaft.

Europa ist weiter gediehen als die Bürger wissen, aber nicht so weit, wie wir es brauchen und wünschen. Das Europäische Währungssystem ist nicht, wie es den christlich-demokratischen Vorstellungen des Werner-Berichts und des Tindemans-Berichts entspricht, die Endstation paralleler und organischer Anstrengungen auf den Gebieten der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Währungspolitik geworden, sondern mehr ein Akt von oben aufgestülpter Manipulation. Die Bewährungsprobe für dieses System steht noch aus. Unsere Unterstützung hängt weiter davon ab, daß es gelingt, mit dem Ziel erhöhter Wirtschaftsstabilität auch die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Gemeinschaft auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Hanna Walz:

Die Doppelzüngigkeit der Sozialisten in der Energiefrage

Die Antwort, die die Bundesregierung zur Bewertung und Koordinierung der Energiepolitik der Gemeinschaft gibt, ist enttäuschend und unvollständig. Auf Gipfelkonferenzen und Energieminister-

ratstagungen bekennt sich die Bundesregierung zur Verstärkung der Elektrizitätserzeugung aus Kernenergie, zu Hause kann sie diese Ziele, die auch von der Energiestrategie der Europäischen Gemeinschaft vorgegeben sind, nicht durchsetzen. Sie wird die Verantwortung dafür tragen, wenn die Energieziele bis 1985 nicht durchgesetzt werden können.

Es führt, nach unserer heutigen Erkenntnis — und diese wird von allen europäischen Parteien im Europäischen Parlament, vom Europäischen Rat, dem sog. Gipfel der Regierungschefs, vom Rat der Energieminister und von allen internationalen Fachkonferenzen geteilt — an der Kernenergie, auch nach Harrisburg, kein Weg vorbei: Die Sicherheitsforschung muß noch weiter intensiviert werden, für West und Ost müssen gleiche Sicherheitsstandards ausgearbeitet und die allgemeinen Ausbildungsvoraussetzungen und Bedienungsregeln verschärft werden. Aber wir können im Hinblick auf die kommende Energieknappheit durch die Erschöpfung der fossilen Energien auf keine Energiequelle verzichten. Das ist übrigens auch die ständige Rede der OPEC-Vertreter an uns, da sie ihr Öl nicht allzu rasch erschöpfen wollen, weil es die Hauptquelle ihrer Einnahmen ist.

Erik Blumenfeld:

Wo bleibt die Stimme der EG im Nahen Osten?

Die Antwort der Bundesregierung zur Europapolitik auf die Große Anfrage der CDU/CSU ist zwar wortreich, aber leider dürftig im Inhalt.

Die Antwort zeigt, daß in allen Fällen wichtiger außenpolitischer bzw. weltpolitischer Problemstellungen die Europäische Gemeinschaft leider nicht erfolgreich mit einer Stimme spricht, sondern

beredt schweigt oder sich in nichtssagende Kommuniqués flüchtet. So z. B. bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten oder den Europa ungemein berührenden revolutionären Ereignissen im Iran.

Wo bleibt z. B. die Stimme der neun EG-Regierungschefs oder Außenminister zur Frage der Menschenrechte im Iran angesichts der barbarischen Hinrichtungsmethoden?

Kai-Uwe von Hassel:

Chance nutzen

Zum erstenmal wird das Europäische Parlament aus Abgeordneten bestehen, die europäischer und nicht nur nationaler Fragen wegen gewählt wurden. Bisher erlebten die Menschen die Europäische Gemeinschaft vor allem als Verhandlungsmaschinerie der Regierungen und als Bürokratie. Nun wird die Europädebatte wieder Debatte in einer breiten Öffentlichkeit.

Jedoch niemand sollte den Einfluß unterschätzen, den das Europäische Parlament schon bisher auf die Entwicklung Europas hatte.

Das Parlament kontrollierte die Europäische Kommission. Es nimmt Stellung zu allen wichtigen Vorschlägen der Kommission. Es kann die Kommission abberufen.

Es hat darüber hinaus bedeutende Haushaltsbefugnisse gerade in den Ausgabenbereichen, die, wie die Sozial-, die Regional- oder die Forschungspolitik, für den weiteren Ausbau der Gemeinschaft von besonderer Bedeutung sind.

Es sollte u. a. Aufgabe des Parlaments sein, einen europäischen Grundrechtskatalog zu erarbeiten.

Es sollte Aufgabe des Parlaments sein, einen Verfassungsentwurf für die Euro-

päische Union zu erarbeiten, einen Entwurf, der durch eine föderale Struktur der Vielfalt und des Reichtums der europäischen Kultur und Geschichte seinen Nationen gerecht wird.

Johannes B. Gradi:

Ein Teil bleibt draußen

Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament macht die demokratische Gemeinschaft der Europäer einen wesentlichen Schritt vorwärts. Aber ein Teil Deutschlands bleibt draußen.

Um so wichtiger ist für uns Deutsche das Verhältnis dieses werdenden Europa zur Wiederherstellung unserer nationalen Einheit.

1. Die Teilung Deutschlands ist auch die Teilung Europas. Europa endet nicht an der Elbe oder Oder. Weit in die herrschenden Schichten hinein fühlen sich zum Beispiel die Polen, die Ungarn, die Tschechen und Slowaken, die Rumänen — um nur diese zu nennen — europazugehörig.

2. Die Teilung ist ein Herd ernster Spannung und latenten Risikos für den Frieden in der Mitte Europas. Sie ist die Basis der militärischen Konfrontation quer durch Europa.

Wir alle wollen die Teilung Deutschlands und damit die Spaltung Europas überwinden. Wir sind zutiefst überzeugt, daß so dem Frieden auf unserem Kontinent gedient würde. Was wir erstreben — menschlich und national —, wollen wir nur mit den friedlichen Mitteln der Politik erreichen, besonnen, aber entschieden. Wir erstreben keine deutsche Sonderrolle, sondern wir sind fest gewillt, uns heute als Bundesrepublik Deutschland und später — was wir ersehen — als geeintes Deutschland in Europa einzufügen.

■ KOALITION

Offene Widerstände gegen Stobbe

Berlins Regierender Bürgermeister Stobbe (SPD) erlebte einen neuen Autoritätsverlust durch offen ausgebrochene Widerstände in der eigenen Partei. Die Genossen des Kreuzberger Kreisverbandes entschieden, seine Kandidatur nicht zu unterstützen. Was die Niederlage besonders peinlich machte, war die Tatsache, daß Stobbe bei dieser Versammlung persönlich anwesend war und vergeblich für sich warb. Nach dem gegenwärtigen Stimmungsstand ist es nicht ausgeschlossen, daß von den 256 Delegierten bis zu 100 Stobbe ablehnen. Tritt das ein, wäre dies für den Spitzenmann der Berliner SPD ein Signal, nach zwei Jahren im Amt des Regierenden Bürgermeisters in einen Abnutzungsprozeß geraten zu sein, dem sich Politiker — einmal auf den Demontagestand geraten — schwer wieder entziehen können.

SPD-Parteiführung beugt sich den Jusos

Die SPD-Führung hat den Jungsozialisten nach jahrelangem Streit um deren Öffentlichkeitsarbeit wieder weitgehend freie Hand für ihre öffentlichen Erklärungen gegeben. Der Juso-Bundesvorstand gab bekannt, aufgrund einer Vereinbarung mit SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr falle jetzt die vor vier Jahren vom Parteivorstand auferlegte Pflicht weg, nach der die Juso-Führung jede Veröffentlichung vorher dem Bundesgeschäftsführer zur Genehmigung vorlegen mußte.

Senator Grolle — Wegbereiter für Kommunisten

Die Auseinandersetzung um Extremisten im öffentlichen Dienst hat in Hamburg eine neue Zuspitzung erfahren. Die Deputation der Schulbehörden beschloß, in die „Verbeamung“ von 16 Lehrerinnen und Lehrern einzuwilligen, an deren Verfassungstreue in der Vergangenheit Zweifel geäußert worden waren. Volker Rühe, der bildungspolitische Sprecher der Hamburger CDU, nannte Hamburgs Schulsenator Grolle deshalb einen Wegbereiter für Kommunisten im Schuldienst und will seinen Rücktritt erzwingen. Rühe: „Die schwache Haltung des Senators ist in hohem Maße verantwortungslos und gefährlich. Sie richtet sich gegen den Willen der großen Mehrheit von Eltern, Lehrern und Schülern, die nicht noch mehr Verfassungsfeinde in unseren Schuldienst eindringen lassen wollen.“ Die CDU wird in der Bürgerschaft einen Mißbilligungsantrag gegen Grolle einbringen, der mit der Rücktrittsforderung verbunden ist.

FDP-Flickwerk

Zu dem zur Beratung beim FDP-Bundesparteitag anstehenden Steuervereinigungsantrag des FDP-Bundesvorstandes erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hansjörg Häfele, an diesem Antrag sei nichts neu oder originell. Teile dieser Vorschläge vertrete die CDU/CSU schon seit langem. Die Steuerreformkommission der Union habe 1971 hervorragende Anregungen erarbeitet, die eine sachgerechte und durchgreifende Steuerreform ermöglicht hätten, wenn die FDP nur gewollt und ihren ideologiebefangenen Koalitionspartner SPD dazu

hätte gewinnen können. Da der unter dem Druck einer über die Steuerpolitik enttäuschten Öffentlichkeit und aus Angst vor der neuen Bürgerpartei von Fredersdorf eilig zusammengebastelte FDP-Antrag weder einen Zeit- noch einen Stufenplan enthalte, bleibe angesichts der abenteuerlich überschuldeten öffentlichen Finanzen der Antrag trotz richtiger Bestandteile nur ein dürftiger Vorschlag, dessen Hauptaufgabe darin bestehe, vom zehnjährigen Versagen der SPD/FDP-Regierung in der Steuer- und Finanzpolitik abzulenken. Die Grundvoraussetzung einer durchgreifenden Reform, nämlich die Sanierung der kranken Staatsfinanzen, fehle.

Jusos: Zustand der SPD verheerend

Als „verheerend“ haben die Jungsozialisten des SPD-Bezirks Niederrhein den Zustand des NRW-Landesverbandes ihrer Partei bewertet. Im Rechenschaftsbericht der Nachwuchsorganisation des zweitgrößten SPD-Bezirks wird die Meinung vertreten, „von wenigen blinden Machern ausgenommen, sitzen allen aktiven Parteimitgliedern Resignation und Apathie in den Knochen“. Die wesentliche Ursache für diesen Zustand sehen die Jungsozialisten in der wachsenden Ohnmacht der Partei gegenüber der Regierungspolitik.

Illegalen Postgebühren

Zu der vom Bundeskabinett beschlossenen weiteren Sonderablieferung der Deutschen Bundespost an den Bundeshaushalt von 1,5 Mrd. DM für 1980 erklärte der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Dollinger, damit hätten die Postgebühren

endgültig ihren Gebührencharakter verloren und seien zu einer neuen Zusatzsteuer geworden. Es sei jetzt an der Zeit, daß mit der Gebührenmißwirtschaft der Deutschen Bundespost Schluß gemacht werde und die Gebühren entsprechend den Vorschlägen der CDU/CSU gesenkt würden. Gebühren als Steuern verstießen gegen die Verfassung.

SPD und § 218

Der Bundesjustizminister hat sich in einem Schreiben an den Präsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken gegen „irreführende Darstellungen“ über den § 218 StGB gewandt. Darin wird festgestellt, daß die Bundesregierung den Schutz des ungeborenen Lebens sowohl als sozialpolitische wie auch als strafrechtliche Aufgabe verstehe. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Hans Klein, kritisierte in diesem Zusammenhang, daß von SPD-Politikern in Bund, Ländern und Gemeinden versucht wird, die Straffreiheit der Abtreibung in bestimmten Fällen in ein Recht auf Abtreibung umzudeuten, daß außerdem die Zahl der Schwangerschaftsunterbrechungen aus „sozialer Notlage“ sprunghaft — in Hessen sogar weit überproportional — gestiegen ist. Die besorgniserregende Zunahme der Abtreibungen aus „sozialer Notlage“ ist jedenfalls alles andere als ein Zeichen dafür, daß die Bundesregierung „ihrer sozialpolitischen Aufgabe zum Schutz des ungeborenen Lebens“ wirkungsvoll nachkommt. Diese eines Sozialstaates unwürdige Entwicklung ist vielmehr ein Armutszeugnis für die regierungsamtliche Familienpolitik.

■ UMSATZSTEUERNOVELLE

FDP verrät den Mittelstand: Wortbruch in der Steuerpolitik

Die Steuerpolitik der zurückliegenden Jahre bietet reichhaltige Anhaltspunkte dafür, die FDP im Deutschen Bundestag der Unehrlichkeit und Unaufrechitigkeit zu überführen. Jüngster Beweis für den Wortbruch in einer zentralen Frage ist das neue Umsatzsteuerrecht, erklärte MdB Hansheinz Hauser (Krefeld).

Seit Jahren kämpft der Diskussionskreis Mittelstand für die Einführung eines halbierten Mehrwertsteuersatzes für Speisen und Getränke in Gaststätten. Dies ist eine Forderung der Steuergerechtigkeit, aber auch ein Gebot im Rahmen der Harmonisierung der Mehrwertsteuer auf europäischer Ebene, da in praktisch allen anderen europäischen Ländern bereits der halbierte Mehrwertsteuersatz für den Verzehr von Speisen und Getränken in Gaststätten gilt. Im Bundestag stand nun die Harmonisierung des Umsatzsteuerrechtes nach diesen europäischen Vorschriften an.

Die durch die FDP zustande gekommene Bundesregierung hat es in ihrem Gesetzentwurf jedoch verabsäumt, eine entsprechende Regelung vorzusehen. Aufmerksam gemacht auf diese Versäumnisse wurde der Vizekanzler und FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher rechtzeitig am 7. April 1978 durch den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, der auch ein verfassungs-

rechtliches Gutachten von Professor Dr. Semmler über die verfassungsrechtliche Frage der Umsatzbesteuerung von Lebensmittellieferungen zum Verzehr an Ort und Stelle überreichte.

Der FDP-Vorsitzende war offensichtlich überzeugt von der Qualität der Argumentation und der Berechtigung der Forderung. Denn am 1. Juli 1978 schrieb er dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband wörtlich:

„Die FDP hat sich, wie Ihnen sicherlich bekannt ist, schon bei der Einführung der Mehrwertsteuer dafür eingesetzt, die Umsatzsteuer für Speisen und Getränke im Gastgewerbe nur mit dem halben Steuersatz zu belegen. Dies würde heute einen Satz von sechs Prozent bedeuten. An der Meinung meiner Partei hat sich in dieser Frage nichts geändert. Auch aus diesem Grunde werden wir auch Ihre Forderung nach Streichung der Ausnahmegenehmigung des § 12 Abs. 2 Ziff. 1 Satz 2 des Umsatzsteuergesetzes im Rahmen der anstehenden Beratungen des Umsatzsteuergesetzes 1979 unterstützen.“

Nachdem die CDU/CSU-Mitglieder im Finanzausschuß bemerkten, daß die FDP — angeführt durch Frau Liselotte Funcke — im Finanzausschuß kneifen wollte, erinnerten die Finanzexperten der Fraktion noch einmal schriftlich den FDP-Vorsitzenden an das gegebene Versprechen.

Auch dies nutzte nichts. Die FDP knüpfte zusammen mit der SPD den Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf Einführung einer Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Speisen und Getränke mit 13 zu 12 Stimmen im Finanzausschuß nieder.

Eine einzige FDP-Stimme hätte genügt, das Ergebnis positiv zu gestalten und eine alte Forderung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes zu realisieren. Aber dazu fand sich die FDP nicht bereit. Sie brach ihr durch den Vorsitzenden der Partei verbindlich in Kenntnis der Gesamtsituation und des vorliegenden Regierungsentwurfes konkret gegebenes Versprechen.

Es kommt der FDP also nicht darauf an, im Parlament in Sachfragen eine Mehrheit für die Vorstellungen zu finden, es kommt ihr nur darauf an, ihre knappe Mehrheit zusammen mit der SPD aufrechtzuerhalten. Das Wort „Block“ ist schon der richtige Ausdruck. Dieser Ausdruck trifft — im Gegensatz zu der Bezeichnung „sozialliberal“, den sich FDP und SDP gerne selbst zulegen — den tatsächlichen Sachverhalt.

Die CDU/CSU-Fraktion blieb konsequent: Nachdem ihr zentraler Antrag im Finanzausschuß keine Mehrheit gefunden hatte, lehnte sie in 2. und 3. Lesung auch die mißratene Umsatzsteuernovelle der Bundesregierung insgesamt ab.

Zu Recht bezeichnete MdB Reinholt Kreile im Deutschen Bundestag diesen Gesetzentwurf eine „beklemmende Mischung aus europäischer Superbürokratie, kleinlichem Anpassungzwang, perfektionistischer Kasuistik und Überlastung des Steuerbürgers“. Statt den Mittelstand zu fördern, hat die FDP zu einer derartigen steuerlichen Mißgeburt ihre Hand gereicht.

■ BAURECHT

Erleichterungen im Außenbereich

Das Ziel des Antrages der CDU/CSU vom 4. Juli 1978, das Bauen im sogenannten Außenbereich dort zu erleichtern, wo es mit der städtebaulichen Entwicklung im Einklang steht, und für die Bürger, die im ländlichen Bereich verbleiben wollen, zu ermöglichen, konnte von der CDU/CSU im Rahmen der Beratungen der sogenannten Beschleunigungsnovelle weitgehend erreicht werden.

Die Koalitionsfraktionen, die zunächst jegliche Erleichterung in diesem Bereich ablehnen wollten, haben den Vorschlägen der Union in wesentlichen Punkten zustimmen müssen, stellt MdB Franz Möller fest.

1. Künftig wird die bauliche Erweiterung eines zulässigerweise errichteten Wohngebäudes möglich sein, wenn dieses Gebäude bislang schon vom Eigentümer genutzt wird und zur angemessenen Versorgung seiner Familie dient.
2. Ähnliche Verbesserungen konnten auch bei der Modernisierung von Wohnungen erreicht werden.
3. Künftig ist eine angemessene bauliche Erweiterung eines gewerblichen Betriebes zulässig, wenn diese Erweiterung notwendig ist, um die Fortführung des Betriebes zu sichern. Auch können die Gemeinden durch Satzung Gebiete mit besonderer Wohnsiedlungsstruktur als bebaubare Ortsteile festlegen, wenn sie beabsichtigen, diese Ortsteile weiterzuentwickeln.

■ ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ

Trotz Bedenken zugestimmt

Nach monatelangen internen Streitigkeiten haben die Koalitions- partei en bei der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes ihre weiterhin unterschiedlichen Auffassungen zu den materiellen Grenzen der einem Arbeitslosen gemäß § 103 AFG zumutbaren räumlichen oder beruflichen Mobilität in letzter Minute mit einem Formelkompromiß überdeckt.

Die jetzt geltende Fassung des § 103 enthält eine nur noch schwer durchschaubare Mischung von unbestimmten Rechtsbegriffen und Auslegungsregeln, die sowohl einer restriktiven als auch einer erweiternden Interpretation der Zumutbarkeit je nach politischer Opportunität Raum lassen.

Die Arbeitsverwaltung wird kaum lösbarre Schwierigkeiten bei der korrekten Anwendung des § 103 AFG in der täglichen Praxis haben. Zahllose Sozialgerichtsprozesse werden die unausweichliche Folge dieses Mißstandes sein.

Die CDU/CSU hat dem Gesetz ihre Zustimmung gegeben, obwohl sie der Auffassung ist, daß das Gesetz nur eine halbherzige Korrektur der 1975 von SPD und FDP zu verantwortenden strategischen Fehlentscheidung des Haushaltsgesetzes 1975 ist, die für das beträchtliche Anwachsen der strukturellen Arbeitslosigkeit, d. h. der Problemgruppen der ungelernten und älteren Arbeitnehmer sowie derjenigen mit gesundheitlichen Einschränkungen, verantwortlich war.

Die auf eine Stärkung des Instrumentariums einer vorbeugenden Arbeitsmarktpolitik zielenden Änderungsanträge der CDU/CSU, u. a. die

- Erhöhung der Attraktivität beruflicher Bildungsmaßnahmen durch Aufstockung des Unterhaltsgeldes auf mindestens 68 %,
- Förderung der Gründung selbständiger Existenzen im Rahmen der beruflichen Bildung,
- Erleichterung der Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben nach Jahren der Kindererziehung,
- bevorzugte Förderung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer,
- Stärkung der Motivation jugendlicher Arbeitsloser,

sind von der Koalition unter Hinweis auf fehlende Finanzierungsmöglichkeiten ausnahmslos abgelehnt worden.

Die Fadenscheinigkeit dieses Einwandes wurde deutlich, als die Koalition zu gleicher Zeit ein mit 500 Millionen DM ausgestattetes Sonderprogramm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen beschloß, das der durch die hohe Arbeitslosigkeit in Bedrängnis geratenen Koalition in Nordrhein-Westfalen über den nächsten Wahltermin helfen soll.

Das jetzt verabschiedete Gesetz ist kaum geeignet, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der schwierigen Arbeitsmarktprobleme der 80er Jahre zu leisten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen.

■ WAHLKREISE

NRW und Hamburg verlieren insgesamt drei Wahlkreise

Der Deutsche Bundestag hat die Beratung des 5. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes abgeschlossen, in dessen Mittelpunkt die Neueinteilung der Bundestagswahlkreise stand. Die Änderung war durch die Verschiebung der Bevölkerungszahlen im Bundesgebiet notwendig geworden. So mußte Nordrhein-Westfalen zwei und Hamburg einen Wahlkreis abgeben, wohingegen sich die Zahl der Wahlkreise in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen um je einen Wahlkreis erhöht.

Die Konsequenzen aus dieser Veränderung waren bis zur letzten Minute umstritten, da sich in Nordrhein-Westfalen SPD und FDP nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag hatten einigen können und die Landesregierung ebenfalls keinen Vorschlag vorgelegt hatte, stellte Franz Heinrich Krey für die Bundestagsfraktion fest. So mußte denn der Bundestagsinnenausschuß eine Entscheidung treffen, die sowohl die Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform als auch die inzwischen vollzogene Neueinteilung der nordrhein-westfälischen Landtagswahlkreise berücksichtigt.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf wird anstatt drei in Zukunft nur noch zwei Wahlkreise umfassen, während der zweite nordrhein-westfälische Bundes-

tagswahlkreis im westfälischen Raum fortfällt.

Die CDU/CSU hat den Ergebnissen schwieriger Verhandlungen zugestimmt, um eine rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes zu ermöglichen. Danach kann nunmehr bereits ab dem 15. August mit der Aufstellung der Bewerber für den 9. Deutschen Bundestag begonnen werden. Neben der Änderung der Fristen für die Aufstellung der Bewerber sieht das Gesetz eine Reihe weiterer Änderungen vor, so aufgrund einer Gesetzesinitiative der Union das Verbot der Veröffentlichung sogenannter Wählerumfragen vor Schließung der Wahllokale, die Ausdehnung des aktiven Wahlrechts für Personen, die sich freiwillig wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellt haben, sowie eine Reihe notwendiger Klarstellungen, die im Interesse der Wähler und der mit den Wahlvorbereitungen beschäftigten Institutionen zu begrüßen sind.

Leider waren SPD und FDP wieder einmal nicht bereit, das aktive Wahlrecht auch auf die deutschen Staatsbürger auszudehnen, die ihren Wohnsitz in den europäischen Gebieten eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft haben, die zwar bei den bevorstehenden Europawahlen ihre Stimme abgeben können, sich aber bei der Wahl ihres Nationalparlamentes ausgeschlossen und diskriminiert sehen.

Die Haltung von SPD und FDP ist zutiefst zu bedauern; CDU und CSU sehen sich veranlaßt, dafür zu sorgen, daß dieses Thema auf der Tagesordnung der deutschen Politik bleibt, zumal mit der fortschreitenden europäischen Eingang der Kreis der betroffenen Personen weiter wachsen wird.

■ VOLKSFRONT IN SAN MARINO

Modell für sozialistisches Europa

Am 23. Mai 1978 ist in der kleinen Republik San Marino im Herzen Italiens die gemeinsame Regierungszeit von Christlichen Demokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten zu Ende gegangen. Die Sozialisten haben sich von ihren Regierungspartnern losgesagt, um gemeinsam mit den Kommunisten eine Volksfrontregierung zu bilden.

Der Versuch der Christlichen Demokraten, die Mehrheit allein zu erringen, scheiterte: im „Großen und Allgemeinen Rat“, dem Parlament von San Marino, fehlte ihnen nach der Parlamentswahl eine Stimme. Kommunisten und Sozialisten regieren mit 31 zu 29 Parlamentssitzen.

Hierzu Kai-Uwe von Hassel, Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten:

Seither zeigt die Volksfrontregierung von San Marino, was entschlossene sozialistische Politik bewirken kann:

— Die Regierung begann damit, die Ministergehälter zu verdreifachen und den Staatsapparat mit eigenen Leuten zu überschwemmen. Heute klagen die San Marinesen über eine zunehmend aufgeblähte und arrogante Verwaltung.

— Die Präsidentschaft des größten Bankinstituts der Republik wurde vom Generalsekretär der sozialistischen Partei übernommen.

— Die Schulen werden seit der Regierungsübernahme systematisch politisiert und mit marxistischem Gedanken-gut infiltriert.

San Marino wird die Weltpolitik nicht ändern. An der Zwercrepublik wird das Schicksal des freien Europa nicht hängen. Und dennoch: selbst wenn man die Größenverhältnisse vernachlässigt, wenn man der Politik in der Zwercrepublik einige folkloristische Züge zugesieht, wenn man die Gefahr einer Volksfrontkeimzelle im Herzen Italiens, selbst die Möglichkeiten eines starken kommunistischen Radiosenders in der Republik geringschätzt, — ein Lehrstück für Volksfrontpolitik bieten die Geschehnisse in der jahrhundertealten kleinen Republik mit ihren bisher freiheitlichen Traditionen für die Europäer allemal.

Der von der christlich-demokratischen Regierung jahrelang mit Sorgfalt ausbalancierte Haushalt ist bereits jetzt, wenige Monate nach der Machtübernahme durch die Volksfront, hochgradig defizitär.

Umfassende Veränderungen zeigt auch die Außenpolitik der neuen Regierung. Die Wirtschaftsbeziehungen zum Sowjetblock werden auch in den bescheidenen Dimensionen, in denen die Wirtschaft der kleinen Republik dies erlaubt, gefördert.

Demonstrativ hat San Marino Beziehungen zu Kuba aufgenommen. Die neuen Machthaber bekennen sich klar dazu, daß die „internationalen Beziehungen der Republik verändert werden müssen“. Sie wollen offensichtlich die Republik aus dem freien Europa herausführen und in eine neutralisierte Position bringen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 11. 6. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 11. 6. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 11. 6. **Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 12. 6. **LV Hessen**
Kreisgeschäftsführertagung
- 12. 6. **LV Hessen**
Landesvorstand
- 12. 6. **LV Hessen**
Landesausschuß
- 12. 6. **EAK der CDU/CSU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 13. 6. **CDU — Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz
Bonn
- 15. 6. **LV Braunschweig**
Landesvorstand, Braunschweig
- 17. 6. **SU Hessen**
Landestag, Kassel
- 18. 6. **LV Baden-Württemberg**
Präsidium und Landesvorstand
Stuttgart
- 18. 6. **CDU — Bund**
Klausurtagung des
Bundesvorstandes
- 21. 6. **CDU — Bund**
BFA „Sozialpolitik“, Bonn

- 22. 6. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund**
Vorstand, Bonn
- 22./23. 6. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund**
Delegiertentagung, Bonn
- 22./23. 6. **BV Nordbaden**
Bezirksparteitag
Ettlingen-Bruchhausen
- 23. 6. **LV Schleswig-Holstein, KPV**
Fachtagung, Rendsburg
- 25. 6. **CDU — Bund**
Präsidium, Bremen
- 25. 6. **CDU — Bund**
Bundesausschuß, Bremen
- 29. 6. **CDU — Bund**
BFA „Sicherheitspolitik“, Bonn
- 29. 6. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung
Europa-Sektion, Bonn
- 30. 6. **LV Rheinland, UdVF**
Landestagung
- 30. 6. **LV Baden-Württemberg**
Mittelstandsvereinigung
Landesmittelstandstag
Pforzheim
- 30. 6. **LV Hessen, Sozialausschüsse**
Landesausschuß
- 30. 6. **LV Schleswig-Holstein**
Sozialausschüsse
Jahreskongreß, Norderstedt
- 30. 6. **Exil-CDU**
Hauptvorstandssitzung, Berlin

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD